



Sperrfrist: Redebeginn.

Es gilt das gesprochene Wort.

„Ein Transformationsfonds für den Strukturwandel im Saarland“

Regierungserklärung des saarländischen Ministers der Finanzen und für
Wissenschaft

Jakob von Weizsäcker

Saarländisches Ministerium der Finanzen und für Wissenschaft

Saarbrücken, den 14. September 2022

Weitergabe und Veröffentlichung des Inhalts des Redeentwurfs im Gesamten oder in Teilen sowie das Anfertigen von Kopien oder Abschriften – auch in digitaler Form – sind bis zum Ablauf der Sperrfrist grundsätzlich untersagt. Der Redeentwurf ist bis dahin vertraulich zu behandeln und darf nur an befugte Dritte mit einem entsprechenden Hinweis weitergegeben werden.

„Ein Transformationsfonds für den Strukturwandel im Saarland“

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Abgeordnete des saarländischen Landtages,
liebe Saarländerinnen und Saarländer,

wir leben in besonderen Zeiten, die besondere Antworten verlangen.

Der wirtschaftliche Strukturwandel hin zur Klimaneutralität bis 2045 ist ein Kraftakt, der gelingen muss – in ganz Deutschland und insbesondere hier im Saarland.

Schon unter normalen Umständen müsste man dafür jedes der kommenden 23 Jahre bis 2045 mit Hochdruck nutzen. Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich die Herausforderung potenziert. Russisches Gas galt zuvor als günstige und sichere Energiequelle für den Übergang. Es hat sich aber als teuer und unsicher herausgestellt.

Saarländerinnen und Saarländer spüren diesen Energiepreisschock jeden Tag wie auch die Unternehmen in unserem Land. Ganz kurzfristig sind hier Hilfen und Entlastungen notwendig, wie die Bundesregierung sie derzeit auf den Weg bringt. Gleichzeitig macht der Energiepreisschock den Weg zur Klimaneutralität wesentlich teurer und drängender. Die Transformation wird durch den Preisschock deutlich beschleunigt. Viele energieintensive Produktionsprozesse kommen nun früher auf den betriebswirtschaftlichen Prüfstand und werden entweder durch massiven Kapitaleinsatz klimaneutral umgestaltet oder verlieren ihre Zukunftsfähigkeit.

Diese dramatische Entwicklung betrifft alle Bundesländer. Aber das Saarland ist als klassisches Industrieland vom Strukturwandel früher und härter betroffen, wie aktuelle Studien des DIW und des ifo-Instituts aufzeigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, die besondere Betroffenheit des Saarlandes mit Wirtschaftsdaten zu belegen. Die Automobilindustrie und das Metallgewerbe – einschließlich der Stahlindustrie – müssen sich im Strukturwandel neu erfinden. Und gerade in diesen beiden Branchen sind die Beschäftigungsanteile im Saarland mit Abstand höher als in jedem anderen Bundesland.

Der Beschäftigtenanteil der Automobilindustrie im Saarland ist um 120 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt. Auf den nächsten Plätzen folgen Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern, die aber nur etwa 70 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegen. In der Metallverarbeitung ist das Saarland ähnlich exponiert, mit einem Beschäftigtenanteil von 90 Prozent oberhalb des Bundesdurchschnitts. Es folgen Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Baden-

Württemberg mit einem Beschäftigtenanteil von etwa 50 Prozent oberhalb des Durchschnitts.

Die Transformationsintensität ist also im Saarland am größten und der Strukturwandel im Saarland ein Lackmustest für ganz Deutschland. Gelingt der Strukturwandel im Saarland, kann er überall gelingen. Und dies ist erklärtermaßen eine Aufgabe im nationalen Interesse und notwendig zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Keine Region darf abgehängt werden.

Das Saarland wird also so oder so zum Modellfall. Würden wir die beschleunigte Transformation nicht schaffen, drohte dem Saarland ein empfindlicher Verlust von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen, mit entsprechenden sozialen und regionalen Verwerfungen. Deshalb müssen wir jetzt investieren, um unsere Zukunftsfähigkeit zu sichern. Wir wollen, dass es uns mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung gelingt und wir ein Beispiel für erfolgreichen Wandel werden.

Ökonomisch gelingt die Klimatransformation dann, wenn wir mithilfe von Investitionen, Innovationen und klimafreundlichen Infrastrukturen Treibhausgasemissionen erfolgreich ersetzen. Dies erfordert einen massiven Kapitaleinsatz, der in erster Linie von der Privatwirtschaft gestemmt werden muss und kann; jedenfalls dann, wenn der Staat die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Das reicht jedoch noch nicht. Der Staat muss auch selbst massiv investieren: um post-fossile Infrastrukturen bereitzustellen, Innovationen zu fördern und den Strukturwandel regional- und industriepolitisch zu begleiten auch angesichts eines Weltmarkts, in dem sich die CO₂-Bepreisung mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickelt. Dieser Wandel wird daher in ganz Deutschland viele Milliarden kosten. Tätigen wir diese Investitionen nicht, wird es allerdings viel teurer. Arbeitsplätze, wirtschaftliche Dynamik und die Finanzkraft des Staates stehen auf dem Spiel, wenn der Strukturwandel misslingt.

Keine Entscheidung wäre also auch eine Entscheidung. Nämlich für den wirtschaftlichen Niedergang. Wir müssen den Strukturwandel gestalten, die Voraussetzungen für eine dynamische klimaneutrale Wirtschaft schaffen und damit attraktive Arbeitsplätze. Es geht um nicht weniger als die Zukunft des Saarlands.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die aufgrund des Ukrainekriegs krisenhafte Beschleunigung des Strukturwandels macht es unmöglich für ein Bundesland wie das Saarland, die notwendigen Investitionen im laufenden Haushalt zu stemmen. Denn die im Bundesvergleich besonders hohe Transformationsintensität trifft im Saarland auf eine besonders niedrige Finanzkraft. Lange sah sich das Saarland sogar einer „drohenden Haushaltsnotlage“ gegenüber, konnte sich jedoch mit einem Kurs der Haushaltskonsolidierung daraus befreien. Trotz dieser Anstrengungen und der seit 2020 gewährten Sanierungshilfen durch den Bund verfügt das Saarland aber weiterhin über eine deutlich unterdurchschnittliche Finanzkraft.

Einer der strukturellen Gründe für die auch in Zukunft schwierige fiskalische Lage des Landes ist die im bundesdeutschen Vergleich ungünstige demografische Entwicklung des Saarlandes. Dies hat direkte finanzielle Folgen für die Haushalte

des Landes und seiner Kommunen, da sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite Belastungen auftreten.

Wenn nun aufgrund dieser geringen Finanzkraft die erforderlichen staatlichen Investitionen im Strukturwandel unterblieben, dann würde das die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlands stark beeinträchtigen und damit wiederum die zukünftige Finanzkraft weiter schwächen: eine wirtschaftliche Abwärtsspirale, die für das Saarland verheerend wäre. Und sie wäre auch eine erhebliche Belastung für die fiskalische Solidargemeinschaft des Bundes und der Länder.

Um sich dagegen zu stemmen, benötigt das Saarland einen Transformationsfonds, der die notwendige Unterstützung des Bundes und der EU für den Strukturwandel landesseitig komplementiert und das Land damit zum handlungsfähigen Partner macht. Die kreditfinanzierte Einrichtung des Fonds ist nicht nur wirtschafts- und fiskalpolitisch geboten, sie ist als Folge des exogenen Schocks auch verfassungsrechtlich im Rahmen der Notfallklausel der Schuldenbremse zulässig.

Daher schlägt die saarländische Landesregierung dem saarländischen Landtag die Einrichtung eines Transformationsfonds für den Strukturwandel im Rahmen eines Nachtragshaushalts 2022 vor.

Dieser Transformationsfonds ist als ein Ermöglichungs-Instrument konzipiert, ein Möglich-Macher für eine Dekade der Leitinvestitionen in Industrie, Infrastruktur und Innovation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Feststellung einer „außergewöhnlichen Notsituation“ im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse ist eine Frage der politischen Einschätzung, die Ihnen als Haushaltsgesetzgeber obliegt. Die Verfassung setzt dafür den verbindlichen Rahmen. Es müssen insbesondere drei Kriterien erfüllt sein.

Erstens muss es sich um besondere Ereignisse und krisenauslösende Gegebenheiten handeln, nicht jedoch um allgemeine – insbesondere nicht um zyklische – Entwicklungen. Zweitens müssen diese Ereignisse aus Sicht des Staates von außen wirken, das heißt, sie dürfen nicht vollständig oder im Wesentlichen staatlicher Kontrolle unterliegen. Und drittens müssen die Ereignisse außergewöhnlich sein und von solchem Ausmaß, dass der zur Bewältigung erforderliche Finanzbedarf die Finanzlage des Staates erheblich beeinträchtigt.

Die Notsituation, in der sich das Saarland befindet, resultiert aus dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren, die das Saarland in einzigartiger Weise treffen: Die starke Beschleunigung der Klimatransformation ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine trifft im Saarland auf eine Wirtschaftsstruktur, die außergewöhnlich hart von diesem Wandel betroffen ist. Und das bei einer Finanzkraft des Landes, die erkennbar nicht ausreicht für die in dieser Situation notwendigen Maßnahmen.

Professor Stefan Koriath von der Universität München und Professor Michael Müller von der Universität Mannheim legen in einem juristischen Gutachten dar, dass sich

das Saarland in der Tat in einer „außergewöhnlichen Notsituation“ im Sinne der Schuldenbremse befindet.

Maßgeblich in dieser Angelegenheit ist aber Ihre Einschätzung, sehr geehrte Abgeordnete des saarländischen Landtags. Was zählt sind auch die Einsichten, die Sie unter anderem in den Gesprächen in Ihren Heimatgemeinden, mit Unternehmern mit Gewerkschaftsvertretern und Experten gewinnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der aktuellen Lage ist es wirtschaftlich sinnvoll und notwendig, Investitionen für die erforderliche Transformation zu ermöglichen, auch wenn dazu neue Schulden aufgenommen werden müssen. Das ist keinesfalls ein Verstoß gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit. Die Schulden, die entstehen, wenn wir nicht in die Zukunft investieren, wiegen schwerer. Wir schulden den nachfolgenden Generationen dann Zukunft. Die kommende Generation wird zwar die Rückführung der aufgenommenen investiven Mittel stemmen müssen. Das sieht der ins Auge gefasste Tilgungsplan über 40 Jahre vor. Sie wird dabei aber gleichzeitig von den erneuerten Strukturen der Saarländischen Wirtschaft und der Erreichung der Klimaneutralität profitieren. Die durchschnittliche Rendite der beabsichtigten Investitionen ist trotz steigender Zinsen deutlich höher als die Zins- und Tilgungslast der Verschuldung. Um das sicherzustellen, werden wir bei jedem einzelnen Projekt genau darauf achten, dass die strikten Qualitätsanforderungen des Transformationsfonds erfüllt sind.

Ausdrücklich geht es nicht darum, mehr konsumtive Ausgaben zu tätigen oder den investiven Teil des Kernhaushalts in den Transformationsfonds zu verlagern. Ganz im Gegenteil: Mit dem Haushaltsentwurf 2023 ist eine weitere Steigerung des Investitionsanteils im saarländischen Landeshaushalt vorgesehen. Der Transformationsfonds soll investive Mittel zur Verfügung stellen, die über den Kernhaushalt hinaus für das Gelingen der Transformation unabdingbar sind. Unser gemeinsames haushaltspolitisches Ziel in der Transformation muss es sein, die Investitionsquote hochzuhalten und die Entwicklung der konsumtiven Staatsausgaben zu begrenzen. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit gegenüber dem Bund und den anderen Bundesländern.

Besondere Zeiten brauchen besondere Antworten. Wir müssen auch berücksichtigen, dass wir heute noch nicht genau wissen, wann die Investitionen für die Transformation getätigt werden müssen. Mit der Einrichtung des Transformationsfonds als Sondervermögen wird man dieser jahresübergreifenden Natur der Transformation und dem haushaltspolitischen Bestreben, nur einmalig bei der Einrichtung des Fonds auf die Notfallklausel zurückgreifen zu müssen, gerecht.

Die Laufzeit des Transformationsfonds soll zehn Jahre betragen. Das ist der Zeitraum, in dem sich entscheidet, ob die durch den Ukraine-Krieg beschleunigte Transformation im Saarland gelingt. Es ist der Zeitraum, in dem die Landesanteile für IPCEI, also „wichtige Projekte im gemeinsamen europäischen Interesse“ etwa im Bereich Wasserstoff zur Transformation der Stahlbranche, anfallen. Es ist der Zeitraum, in dem sich der Wandel der saarländischen Automobilindustrie gemäß den Vorgaben der EU hin zur Elektromobilität vollzieht. Es ist auch der Zeitraum, in dem es darum geht, Start-ups und neue Zukunftsbranchen zu etablieren.

Die Mittel aus dem Fonds dürfen ausschließlich für die auf die Überwindung der Notsituation orientierten „3 Is“ Industriepolitik, Infrastruktur und Innovation verausgabt werden. Unter der Überschrift Industriepolitik geht es um die Unterstützung transformativer Modernisierungs-, Neuansiedlungs- und Neugründungsinvestitionen der Privatwirtschaft, also um attraktive Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft. Hierbei geht es ausdrücklich nicht um Standortwettbewerb im Sinne eines Nullsummenspiels zugunsten der Unternehmen und zu Lasten des Fiskus, wovor uns in Europa auch das Beihilferecht schützt. Vielmehr geht es darum, die spezifischen Standortvorteile des Saarlandes mit seinen Fachkräften, seinem Know-How und seiner Lagegunst im Herzen Europas in der klimaneutralen Wirtschaft der Zukunft voll zur Geltung zu bringen.

Unter der Überschrift Infrastruktur geht es um die Förderung zukunftsweisender Infrastrukturen, beispielsweise für grünen Wasserstoff und um die energetische Ertüchtigung öffentlicher Gebäude. Wenn heute öffentliche Gebäude saniert werden, dann ist es schlicht ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, sie vollumfänglich auf den absehbar notwendigen energetischen Standard zu bringen. Das verursacht zusätzliche Kosten, die sich aber durch Energieeinsparungen und zukünftig gesparte bauliche Maßnahmen amortisieren. In diesem Sinne wollen wir auch die saarländischen Kommunen unterstützen, wenn es zum Beispiel darum geht, Veranstaltungsräume, Sportstätten oder Schulgebäude energetisch zu ertüchtigen.

Unter der Überschrift Innovation geht es um die Förderung von Forschung und Wissenschaft zur Unterstützung des Strukturwandels innerhalb der bestehenden Branchen und zur Entwicklung neuer klimaverträglicher Wertschöpfung in den Wachstumsfeldern der Zukunft. Die Diversifizierung der Saarwirtschaft durch den weiteren Ausbau zukunftsorientierter Felder wie etwa in der Cybersecurity im Umfeld des CISPA hilft, die hiesige Wirtschaft dynamischer und resilienter zu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, um die gesetzten Ziele des Transformationsfonds zu erreichen, schlagen wir vor, den Fonds mit insgesamt 3 Milliarden Euro auszustatten. Dieser Ansatz basiert etwa zur Hälfte auf einer detaillierten Betrachtung von potenziellen Transformationsprojekten, die sich bereits konkret abzeichnen. Und zur anderen Hälfte beruht er auf einer Abschätzung, in welchem Umfang weitere Strukturwandelinvestitionen in den kommenden Jahren in Ergänzung zur Unterstützung von Brüssel und Berlin auf das Saarland zukommen dürften. Wir wollen also auch gewappnet sein, um Chancen zu ergreifen, die wir heute noch gar nicht kennen, zum Beispiel Ansiedlungen. Das meine ich mit dem Wort vom „Chancenfonds“ und „Möglich-Macher“. Es wäre doch fatal, wenn ein günstiges Möglichkeitsfenster für das Saarland sich schließt, weil wir als Land Ko-Finanzierungsanteile nicht erbringen können. Wir wollen als saarländische Landesregierung keine Chance für den Strukturwandel verpassen.

Mit dem Transformationsfonds wird das Saarland den Strukturwandel kraftvoll gestalten. Gleichzeitig ist eine wachsame und stetige Qualitätskontrolle erforderlich, basierend auf dem jährlichen Beschluss eines Wirtschaftsplans durch den Landtag und einer Governance im Vollzug, die von einer Geschäftsstelle im Finanzministerium betreut und durch einen Beirat unterstützt werden soll.

Trotz seines geplanten Volumens kann der Transformationsfonds nicht für alle Herausforderungen der Transformation eine Antwort bereithalten. Die Konzentration auf die investiven Herausforderungen für die Saarlwirtschaft ist den verfassungsrechtlichen Vorgaben geschuldet. Das bedeutet nicht, dass die anderen Aspekte der Transformation unwichtig wären. Aber es bedeutet, dass ihre Finanzierung innerhalb des Kernhaushalts mit den verfügbaren Finanzmitteln gelingen muss. Bei wirtschaftlicher Aufgabenerfüllung und richtigen Prioritäten wird das gelingen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Saarland kann Strukturwandel. Land und Leute haben das seit Jahrzehnten unter Beweis gestellt. Heute agieren wir unter den neuen Bedingungen eines Strukturwandels, der geprägt ist durch Digitalisierung, technische Innovationssprünge, durch Klimaschutznotwendigkeiten, durch Disruptionen im internationalen Handel und seit diesem Jahr leider auch einem Krieg in Europa. Was wir heute sehen, ist breiter und tiefer als die Krisen einzelner Branchen zuvor. Trotzdem: Es wurden in der Vergangenheit nicht nur alle Krisen in einer gemeinsamen Kraftanstrengung gemeistert, sondern jede hat uns auch erfahrener, mutiger und stärker gemacht.

Das Saarland kann Strukturwandel. Das ist die zentrale Botschaft des geplanten Transformationsfonds an Unternehmen und ihre Beschäftigten. An Firmen, die eine Neuinvestition am Standort Saarland im Herzen Europas erwägen. An junge Menschen, die überlegen, ob sie mit ihren Begabungen und Hoffnungen im Saarland bleiben oder ins Saarland kommen möchten. An Saarländerinnen und Saarländer, deren Branche von der Transformation betroffen ist und die sich Sorgen machen. An junge Gründerinnen und Gründer, an Forscherinnen und Forscher, die im Saarland ihren Erfindergeist wirken lassen. An die Bundesregierung und die EU, auf deren partnerschaftliche Unterstützung das Saarland in der Transformation auch weiterhin angewiesen sein wird.

Der Transformationsfonds wird sicherstellen, dass das Saarland für alle ein entscheidungsfreudiger und tatkräftiger Partner ist für lohnende Investitionen auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft.

Diesen Vorschlag haben wir in den letzten Monaten erarbeitet, begründet und rechtlich geprüft. Dafür danke ich meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich. Aber auch dem gesamten saarländischen Kabinett für die konstruktiven Diskussionen wie auch vielen Freundinnen und Freunden, Partnerinnen und Partnern, Expertinnen und Experten, die meinem Team und mir Rat und Anregung gaben und weiter geben werden. Ich danke auch der Ministerpräsidentin Anke Rehlinger. Dieser Weg wäre ohne ihre Entschlossenheit und Tatkraft so nicht möglich.

Für das Saarland werden wir gemeinsam etwas wagen, statt aus lauter Vorsicht und Bedenkenträgertum in eine Abwärtsspirale zu geraten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, packen wir es gemeinsam an! Ich freue mich sehr auf den Austausch mit Ihnen und darauf, gemeinsam die erforderlichen Schritte in Richtung Zukunft zu gehen. Besondere Zeiten verlangen nach besonderen Antworten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!